

Änderungen / Fragen zum Haushalt 2023 der Stadt Oelde

FD	Seite HHP/Plan	Planungsstelle			Bezeichnung	Änderung/Frage von	Begründung / Frage	Ansatz Entwurf	ggf. Ansatz neu	ggf. Veränderung		Änderung Ansätze f. Folgejahre (ja/nein) ggf.abweichende Änderungen unter	Antwort der Verwaltung
		Prod.	Maßn.	Konto						mehr EUR	weniger EUR		
									0	0			
012 / 510		01.10.01	XXXX	7851001	Neubau der Kita "Langstrümpfe" in Eigenregie	SPD / B90-Die Grünen / FWG	siehe separaten Antrag	- €	bitte ermitteln	bitte ermitteln		Massnahme erstreckt sich auf mehrere Jahre - Abschreibung erhöht sich	
012 / 230		01.10.01	XXXX	7851001	kommunaler Neubau von sozialem Wohnraum	SPD / B90-Die Grünen / FWG	siehe separaten Antrag	- €	bitte ermitteln	bitte ermitteln		Massnahme erstreckt sich auf mehrere Jahre - Abschreibung erhöht sich	
102					Stellenplan	SPD	Antrag: Durch die hohen Fallzahlen im Fachdienst Soziales sehen wir einen erhöhten Personalbedarf. 0,5 - 1 VZÄ Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW hat den Kommunen mittlerweile seine Einschätzung zu den Auswirkungen der Wohngeldreform durch das Wohngeld-Plus-Gesetz für NRW mitgeteilt. Das MHKGB rechnet mit einer Verdreifachung der Fallzahlen (Ist-Stand Oelde 01.11.2022: 275 Fälle). Der sich hieraus ergebende zusätzliche Stellenbedarf liegt bei 1,0 Vollzeitstellen	- €	bitte ermitteln	41.000,00 €		JA	Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW hat den Kommunen mittlerweile seine Einschätzung zu den Auswirkungen der Wohngeldreform durch das Wohngeld-Plus-Gesetz für NRW mitgeteilt. Das MHKGB rechnet mit einer Verdreifachung der Fallzahlen (Ist-Stand Oelde 01.11.2022: 275 Fälle). Der sich hieraus ergebende zusätzliche Stellenbedarf liegt bei 1,0 Vollzeitstellen. Diesen Mehrbedarf sieht auch die Verwaltung und, siehe auch der entsprechende Vorschlag in der 2. Änderungsliste der Verwaltung. Eine fachdienstinterne Umverteilung von Aufgaben ist angesichts der bereits jetzt sehr hohen Fallzahlen in der Leistungssachbearbeitung des FD 500 sowie in der Unterkunftsverwaltung nicht möglich.
103	207	01.08.02.	194	7831001	Einrichtung einer Dokumentenausgabestation	SPD	Antrag: Streichung des Ansatzes da durch den zukünftigen Versand von Ausweisdokumenten per Post nicht mehr benötigt	60.000,00 €	- €		60.000,00 €	NEIN	Die Dokumentenausgabestation soll ggf. im Bürgerservice dazu dienen, beantragte Personalausweise und Reisepässe außerhalb der Öffnungszeiten abholbar zu machen. Mit der Sparkasse Münsterland-Ost ist eine Aufstellung im Foyer der Hauptstelle vorbesprochen. Allerdings hat das Bundesinnenministerium nun angekündigt, zukünftig eine Direktzustellung der Ausweise an die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Wenn diese Pläne umgesetzt werden, entfällt der Bedarf für eine automatisierte Dokumentenausgabe. Mittel sollen nun mit Sperrvermerk versehen werden. "Umsetzung der Maßnahme nur, wenn vom Bundesinnenministerium geplanter Direktversand von Ausweisen und Pässen wieder verworfen wird."
020 / 200	220	01.09.02		5293001	Beratungsleistungen	SPD	Antrag: Eine verbindliche Auskunft der Finanzverwaltung zur steuerlichen Handhabe bei der Auflösung des bewirtschafteten Bereichs des Stadtparkes, respektive des Eigenbetriebes "Forum" soll eingeholt werden.	- €	16.500,00 €	16.500,00 €		NEIN	Obliegt der politischen Beschlussfassung.
012	246	01.10.01	2064	7851001	Stadtbücherei (Räumliche Erweiterung u. a. zur Schaffung der Barrierefreiheit und Attraktivitätssteigerung)	SPD	Antrag: Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Stadtverwaltung sollte diese Maßnahme um 2 Jahresgeschoben werden.					JA, da auf 2025 zu schieben	Die Maßnahme ist auf den Zeitplan des Masterplanes Innenstadt abgestimmt und mit der nachfolgenden Sanierung des Hermann-Johanning-Platzes eingetaktet. Eine Verschiebung würde dazu führen, dass beide Maßnahmen nicht mehr innerhalb des Förderzeitraumes des Masterplanes abgeschlossen werden könnten.
230	262	01.10.02	6505	6812001	Investitionszuweisung für die Verbindung L792/L882/K30n	SPD	Antrag: Maßnahme komplett streichen	440.000,00 €	- €		440.000,00 €	NEIN	Obliegt der politischen Beschlussfassung.
230	262	01.10.02	6505	7823001	Grundstückserwerb Verbindung L792/L882/K30n	SPD	Antrag: Maßnahme komplett streichen	662.500,00 €	- €		662.500,00 €	NEIN	Obliegt der politischen Beschlussfassung.
500	424	05.01.05.		5318013	Aufwendungen für Leistungen der Familienunterstützung	SPD	Antrag: Auf Grund der zu erwartenden Steigerung der Wohngeldempfangsberechtigten, sollte - auch durch eine verstärkte Werbekampagne - auf die Oelde Karte aufmerksam gemacht werden.	9.500,00 €	25.000,00 €	15.500,00 €		JA	HH-Ansatz 2023 inkl. Werbeaktion aus Sicht der Verwaltung auskömmlich, zunehmende Nutzerzahl bis 2026 durch progressive Ergebnisplanung berücksichtigt.
500	424	05.01.05.		5318013	Aufwendungen für Leistungen der Familienunterstützung	SPD	Antrag: Zudem beantragen wir den Kreis der Anspruchsberechtigten - auch angesichts der hohen Inflation - auszuweiten. Eine praktikable Lösung, wie der Kreis der Anspruchsberechtigten (im Sinne des Antrags der SPD zur Einführung der Oelde Karte von 2019: Menschen, die knapp über dem Anspruch auf staatliche Leistungen liegen) erweitert werden kann, bitten wir die Verwaltung zu eruieren - daher Budget erhöhen.	9.500,00 €	bitte ermitteln	bitte ermitteln		JA	Die derzeitige Definition des berechtigten Personenkreises wird für praktikabel gehalten, insbesondere vor dem Hintergrund von Bürgergeld-Gesetz und Wohngeld-Plus-Gesetz. Eine Veränderung des berechtigten Personenkreises ist nur durch Ratsbeschluss möglich.